

Transformationsprozesse, politische Un-Ordnung und die Ordnung der Geschlechter im Vorderen Orient. Das Beispiel Irak

Kreile, Renate

2021

<https://doi.org/10.25595/2887>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kreile, Renate: *Transformationsprozesse, politische Un-Ordnung und die Ordnung der Geschlechter im Vorderen Orient. Das Beispiel Irak*, in: *Gender : Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, Jg. 13 (2021) Nr. 1, 109–123. DOI: <https://doi.org/10.25595/2887>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.3224/gender.v13i1.08>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

Transformationsprozesse, politische Un-Ordnung und die Ordnung der Geschlechter im Vorderen Orient. Das Beispiel Irak

Zusammenfassung

Im Zuge tiefgreifender Umbrüche ist der Vordere Orient fundamental politisch in Un-Ordnung geraten. Auch die patriarchale Geschlechterordnung geriet unter Druck und ist teilweise erodiert. Frauenrechte werden in der Krise zum machtpolitisch umkämpften Terrain, auf dem autoritäre Regime, regionale, substaatliche und transnationale Kräfte um Legitimität und Kontrolle wetteifern. Frauenbewegungen sehen sich mit vielfältigen Strategien ‚maskulinistischer Restauration‘ konfrontiert. Am Beispiel des Irak analysiert der Beitrag in historisch-struktureller Perspektive, wie Geschlechterpolitik im autoritär zentralisierenden Staat des alten Regimes wie auch im fragmentierten konfessionalistisch verengten politischen System im ‚neuen Irak‘ herrschaftspolitisch instrumentalisiert wird und Frauenrechte jeweils strategisch erweitert oder eingeschränkt werden. Die innen- wie die geschlechterpolitischen Dynamiken im neuen Irak sind eng mit regionalen und internationalen Machtkämpfen verwoben.

Schlüsselwörter

Irak, Geschlechterpolitik, Maskulinistische Restauration, Personenstandsrecht, Konfessionalismus

Summary

Political (dis-)order and gender order in a transforming Middle East. The case of Iraq

Profound transformations in the Middle East have created a fundamentally dis-orderly regional order. Even the patriarchal gender order has come under pressure and has been eroded in parts. Women's rights have become a highly contested terrain, with authoritarian regimes, regional, sub-state and transnational forces competing for power, legitimacy and control. Women's movements are faced with multiple 'masculinist restoration' strategies. Taking Iraq as a case study, the article analyses, from a historical and structural perspective, how gender politics has been used by the centralizing authoritarian state of the ancien régime and is also being used by the fragmented sectarian political system of the 'new Iraq'. Both regimes are instrumentalizing women's rights in their quest for power, using different strategies and consequences. In the 'new Iraq' both domestic and gender politics have become closely interwoven with regional and international power struggles.

Keywords

Iraq, gender politics, masculinist restoration, civil status law, sectarianism

1 Einleitung

Der Vordere Orient erlebt in jüngster Zeit eine breite Welle sozialer und politischer Unruhen und Proteste. Von Tunis bis Teheran, von Beirut bis Bagdad gehen Hunderttausende Menschen gegen die dramatische Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen auf die Straße und prangern das Versagen von Regierungen und politischen Eliten, weit verbreitete Korruption und massive Repression an. Zahlreiche Frauen, jüngere und ältere, engagieren sich in den Protestbewegungen an vorderster Stelle und fordern damit konservative Geschlechternormen heraus.

Die Proteste finden vor dem Hintergrund tiefgreifender struktureller Transformationsprozesse im vergangenen Jahrzehnt statt, in denen externe und interne politische Dynamiken verflochten und in die internationale, regionale und lokale Akteure involviert sind. Beck und Richter sprechen von einer „fluctuating regional (dis-)order in the post-Arab Uprising Middle East“ (Beck/Richter 2020: 68).¹

Im Kontext der mehrdimensionalen gesellschaftlichen und politischen Umbrüche ist auch die Geschlechterordnung in der Region vielfach unter Druck und ins Rutschen geraten. Geschlechternormen und Frauenrechte werden zum machtpolitisch umkämpften Terrain, auf dem autoritäre Regime, regionale, substaatliche und transnationale Kräfte um politische Legitimität und Kontrolle wetteifern. Frauenbewegungen sehen sich weithin mit vielfältigen Strategien „maskulinistischer Restauration“ konfrontiert (Kandiyoti/Al-Ali/Spellman Poots 2019: 7ff.).²

Die widersprüchlichen und komplexen Dynamiken zwischen genderpolitischem Aufbruch und sozial konservativem Backlash mag ein Beispiel aus dem Irak einleitend verdeutlichen. Bei den Massenkundgebungen und Protesten in Bagdad, Basra und anderen Städten seit Oktober 2019, die weithin von jungen Leuten aus den Armenvierteln und den gebildeten Mittelschichten getragen wurden und sich gegen die miserablen sozialen Verhältnisse, mangelhafte staatliche Basis-Dienstleistungen, Korruption, Konfessionalismus und ausländische Einmischung richteten (Rubin 2019), übernahmen Frauen wichtige Rollen im Rahmen der Protest-Infrastruktur. Junge Frauen demonstrierten gemeinsam mit jungen Männern und nahmen sich ihren Platz im öffentlichen Raum wie auch in den zahllosen Sit-in-Zelten etwa auf dem Bagdader Tahrir-Platz. Die moralpolitische Antwort auf die „kulturelle Revolution“ (Haddad 2019: o. S.) und den geschlechternormativen Tabu-Bruch, wie sie sich in den Protesten manifestierten, erfolgte rasch. Der überaus einflussreiche schiitische Geistliche und Politiker Muqtada Al-Sadr,³ der bis dahin die Proteste unterstützt hatte, forderte per Twitter die Protestierenden dazu auf, die Regeln der Geschlechtertrennung nach konservativer schiitischer Lesart einzuhalten. In einem 18-Punkte-Statement mit Richtlinien für die Proteste erklärte Al-Sadr:

- 1 Kernelemente der neuen (Un-)Ordnung sind der teilweise Rückzug des US-Hegemons aus der Region, das verstärkte Engagement globaler Mächte wie Russland und China, eine verschärfte, auch militärisch ausgetragene Rivalität wichtiger Regionalmächte (wie Iran, Saudi-Arabien, Türkei) und ihrer lokalen Stellvertreter. Dadurch werden ethnisch-religiös-konfessionell konnotierte Konflikte verstärkt bzw. verfestigt und dauerhafte Kriegszonen geschaffen (vgl. Beck/Richter 2020). Die abnehmenden Hydrocarbon-Einkünfte und nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie dürften die sozialen und politischen Spannungen und Verteilungskonflikte in der Region zusätzlich erhöhen und weiterhin auch unter Zuhilfenahme von identitätspolitischen Ein- und Ausschlusskriterien ausgetragen werden.
- 2 Damit sind Bemühungen um den Erhalt bzw. die Wiederherstellung männlicher Privilegien gemeint angesichts von gesellschaftlichen Entwicklungen, in denen patriarchale Strukturen und weibliche Unterordnung nicht länger als fraglos gesichert und ideologisch-kulturell hegemonial gelten können (vgl. Kandiyoti/Al-Ali/Spellman Poots 2019: 14, Anm. 3).
- 3 Muqtada Al-Sadr gewann bei den Parlamentswahlen im Mai 2018 mit seiner Sairun-Allianz, einem Bündnis, das neben der sadristischen Bewegung auch die irakische Kommunistische Partei und säkulare und liberale Kräfte umfasst, die meisten Stimmen (Ehrhardt 2018). Er erwies sich in den Jahren seit dem Sturz des Baath-Regimes als politisch sehr wandlungsfähig (Dodge et al. 2018: 8). In den ersten Jahren nach der US-Invasion waren u. a. die schiitischen Milizen der Sadr-Bewegung, die sog. Mahdi-Armee, bestrebt, ihre extrem konservativen moralpolitischen Ordnungskonzepte auch mit Gewalt und Terror durchzusetzen (vgl. Kreile 2007: 236f.).

„Die Protestierenden müssen die Regelungen der Sharia und den sozialen Kontext des Landes so weit wie möglich respektieren. Die zwei Geschlechter dürfen sich nicht in den Protestzelten vermischen“ (Muqtada Al-Sadr zit. nach Elbaldawi 2020: o. S.).⁴

Hunderte Frauen und Männer demonstrierten prompt gegen diese Anweisung Al-Sadrs und erhoben Forderungen nach Frauenrechten. „Stoppt die Diskriminierung von Frauen, stoppt die Geschlechtertrennung!“ (Barbarani 2020: o. S.), wurde skandiert.

Als Reaktion auf diese „feministische Abfuhr“ (Elbaldawi 2020: o. S.) verschärfte Al-Sadr die moralpolitische Eindämmungsstrategie und unterfütterte sie mit einer nationalistischen, anti-amerikanischen⁵ Note: „Wir können nicht zulassen, dass der Irak ein Ort wird wie Chicago, wo Unmoral, sexuelle Perversion, Homosexualität und Ausschweifung allgegenwärtig sind“ (Muqtada Al-Sadr zit. nach Elbaldawi 2020: o. S.).

Mit seinen Bemühungen, die Protestbewegung moralpolitisch zu reglementieren, trägt Al-Sadr den sehr konservativen Geschlechterkonzepten in weiten Teilen der irakischen Gesellschaft und bei seiner Massenbasis in den Armenvierteln Rechnung. Dort stellt die Geschlechtertrennung weithin die Norm und ein wichtiges soziales Strukturprinzip dar. So gingen umgehend Tausende von Frauen zur Unterstützung für Al-Sadr auf die Straße, und es wurden Forderungen laut, die Proteste von „abweichenden Frauen“ (Nabeel 2020: o. S.) zu reinigen. Auch die schiitische Geistlichkeit hält einschlägige Maßgaben für religiös verpflichtend, wie sich der Website des Großayatollah Al-Sistani entnehmen lässt und wie sie auch im Iran Geltung beanspruchen. Wie Robin-D’Cruz und Mansour (2020) schlüssig zeigen, navigiert Al-Sadr machtpolitisch in einer höchst komplexen Konfiguration und Gemengelage. Er ist auf Unterstützung von Teilen der irakischen Elite und dem einflussreichen schiitischen Nachbarn Iran angewiesen. Gleichzeitig muss er den Interessen seiner Massenbasis Rechnung tragen, die die Protestbewegung sozialpolitisch wesentlich mitträgt und unterstützt, jedoch genderpolitisch in ihrer Mehrheit konservativ eingestellt ist, wenngleich sie sich im Hinblick auf kulturelle Normen zunehmend generationell ausdifferenziert. So weisen anekdotische Evidenzen in Al-Sadrs Hochburg, dem Armenviertel Sadr City, darauf hin, dass unter männlichen Jugendlichen ein strenger islamischer Konservatismus nicht mehr überall Anklang findet und sich Elemente einer Hip-Hop-Kultur ausbreiten (Robin-D’Cruz/Mansour 2020: 22; Haddad 2019).

Zwar zeigen die jüngsten Entwicklungen, dass die patriarchale Geschlechterordnung zumindest kleine Haarrisse bekommen hat; gleichwohl sind die rechtlichen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen für Frauenrechte und die Präsenz von Frauen im öffentlichen Raum weiterhin extrem ungünstig und restriktiv. In den letzten Jahren wurden zahlreiche irakische Aktivistinnen und Aktivisten bedroht, entführt oder ermordet, ebenso Frauen und Männer, die sich nicht an die gesellschaftlich dominanten Geschlechternormen hielten (Al-Ali 2019: 155).

4 Die Übersetzung der englischsprachigen Zitate erfolgte durch Renate Kreile.

5 Nicht zuletzt die Tötung des im Iran wie im Irak weithin als Helden verehrten Generals der iranischen Revolutionsgarden Soleimani und des Chefs der schiitischen irakischen Volksmobilisierungseinheiten (PMU = Popular Mobilization Units) al-Muhandis durch einen US-Drohnenangriff in Bagdad im Januar 2020 riefen massive Proteste gegen die US-Präsenz im Irak hervor, die wesentlich auch von der Sadr-Bewegung getragen wurden (Ahmed 2020).

Wie das einleitende Beispiel ansatzweise illustriert, lässt sich anhand der Entwicklungsdynamik im Irak exemplarisch und prägnant zeigen, dass die Ordnung der Geschlechter in einer Region, die sich im Umbruch befindet und politisch fundamental in Un-Ordnung geraten ist, zum wichtigen Schauplatz machtpolitischer Auseinandersetzungen geworden ist, in denen lokale, nationale, regionale und internationale Faktoren eng verflochten sind. Al-Ali bemerkt dementsprechend: „Die irakischen Frauen, ihre Körper und ihre Sexualität befinden sich ebenso wie weiter reichende Geschlechternormen und -beziehungen im Zentrum politischer Auseinandersetzungen und Machtkämpfe im Irak nach der Invasion“ (Al-Ali 2019: 160f.).

Im Folgenden möchte ich die komplexen geschlechterpolitischen Dynamiken im Irak im Kontext der Transformationsprozesse näher beleuchten, die die gesamte Region aufwühlen und in die staatliche, substaatliche oder auch antistaatliche sowie transnationale Akteure involviert sein können. Eine besondere Bedeutung gewinnt der diskursiv, rechtlich, politisch und nicht selten auch gewaltsam geführte ‚Kampf um die Frauen‘ im Kontext der Politisierung ethnischer und religiös-konfessioneller Zugehörigkeiten, die unter den Bedingungen von Krisen, Staatszerfall und Fragmentierungsprozessen eine spezifische aktuelle Relevanz erhalten (Mabon 2020: 187f.).

In historisch-struktureller Perspektive möchte ich zudem der Frage nachgehen, wie eine Gesellschaft, in der Frauen jahrzehntelang über mehr Rechte und Freiheiten verfügten als ihre Geschlechtsgenossinnen in den Nachbarstaaten (Kreile 2007: 225f.), sich derart wandeln konnte, dass der öffentliche Raum für Frauen weithin zur No-go-Zone geworden ist (Ali 2018: 8). In ihrer Studie *Women and Gender in Iraq* fragt Zahra Ali kritisch:

„Wie konnte sich eines der fortgeschrittensten Länder im Mittleren Osten und Nordafrika im Hinblick auf Bildung, Berufstätigkeit und Personenstand von Frauen und Männern in diesen militarisierten, von bewaffneten Männern dominierten und fragmentierten Ort verwandeln, in dem zu leben für seine Bewohner so schwierig ist, insbesondere für Frauen?“ (Ali 2018: 8)

Um die Entwicklung im Irak angemessen verstehen und einordnen zu können, mag zunächst ein kurzer Blick auf den tiefgreifenden Wandel in der Region erhellend sein, der insbesondere die Krise politischer Ordnungsstrukturen in den Blick nimmt.

2 Krisenentwicklung, Moralpolitik und maskulinistische Restauration

Die Transformationsprozesse im Vorderen Orient seit den 2000er-Jahren haben das Verhältnis zwischen Staaten und Gesellschaften und die Strukturen politischer Herrschaft und Legitimation ebenso verändert wie die regionalpolitische Ordnung insgesamt. Damit haben sich auch die Parameter, in deren Kontext geschlechterpolitische Aushandlungsprozesse und Auseinandersetzungen stattfinden, weitreichend gewandelt. Globale Institutionen, internationale Mächte, transnationale Diskurse und Bewegungen beeinflussen komplex und widersprüchlich Geschlechternormen und Geschlechterpolitiken auf nationaler und lokaler Ebene (Kandiyoti/Al-Ali/Spellman Poots 2019: 13).

Bereits seit den 1990er-Jahren gerieten die erdölabhängigen Staaten des Vorderen Orients durch den Wandel des Weltenergiemarktes und die neoliberale Globalisierungsdynamik zunehmend in eine Existenzkrise. Der Rückgang der Erdöleinnahmen führte dazu, dass der bisherige implizite Gesellschaftsvertrag erodierte, der wohlfahrtsstaatliche Leistungen wie Jobs, Bildung und Gesundheitsversorgung gewährt und im Gegenzug politische Loyalität und Unterwerfung eingefordert hatte (Pawelka 2012: 6). Struktur Anpassungsmaßnahmen und wachsende soziale Polarisierung verschärften die Legitimationskrise des Staates, der die grundlegenden sozialpolitischen Bedürfnisse der Bevölkerung immer weniger erfüllen konnte oder wollte.

Der Aufstieg islamistischer Bewegungen in den letzten Jahrzehnten spiegelt die Legitimationskrise des Staates wider, der sich wohlfahrtspolitisch verabschiedet hatte. Die Islamisten, etwa die Muslimbruderschaft in Ägypten, versprachen den verarmten Massen der Bevölkerung eine ‚gerechte Ordnung‘, die in einem ‚islamischen Staat‘ verwirklicht werden sollte. Mit ihren sozialen Dienstleistungen füllten die islamistischen Bewegungen und diverse Glaubensgemeinschaften die Lücke, die der Staat wohlfahrtspolitisch hinterlassen hatte.

Ein zentrales Element der ersehnten ‚islamischen Ordnung‘ im konservativ-islamischen Deutungsrahmen bildet die traditionelle, vermeintlich ‚gottgewollte‘ Ordnung der Geschlechter. Ihr sollte im moralpolitischen Projekt der Islamisten wieder Geltung verschafft werden (Senghaas-Knobloch/Rumpf 1991: 125). Sie umfasst inhaltlich ein komplementäres Rollenverständnis mit der traditionellen familiären Arbeitsteilung sowie das gesellschaftlich tief verwurzelte Strukturprinzip der Geschlechtertrennung. Der klassische patriarchale Geschlechtervertrag versprach der Frau für ihre Unterordnung unter die Autorität des Mannes und seine Kontrolle über ihre Sexualität materielle Sicherheit, Schutz und Ansehen. Zu dieser ‚Gegenleistung‘ sind viele Männer unter den Bedingungen sozialer Krisenentwicklung nicht mehr in der Lage. Die materielle Grundlage patriarchaler Kontrolle wird zersetzt, insbesondere wenn Frauen Zugang zu Bildung und Beruf haben (Kandiyoti 1991a: 32ff.).

In dem Maße, wie die vermeintliche Selbstverständlichkeit und ‚Funktionalität‘ patriarchaler Strukturen erodierte, machten sich staatliche, substaatliche und transnationale Kräfte daran, „eine Geschlechterordnung, die auf männlichen Privilegien basiert“ (Kandiyoti/Al-Ali/Spellman Poots 2019: 2), mit diskursiven, rechtlichen und politischen Strategien neu zu verankern und durchzusetzen. Im Zuge der „maskulinistischen Restauration“ (Kandiyoti/Al-Ali/Spellman Poots 2019: 10) sollten – herrschaftslogisch funktional – insbesondere auch unterprivilegierte Männer für ihre verbreitete soziale Deprivation und Entwertung mittels einer re-aktivierten Kontrollbefugnis gegenüber den Frauen entschädigt und aufgewertet werden.

Weithin augenfällig wurde die fundamentale Legitimationskrise des Staates in der Region durch die Protestbewegungen des Arabischen Frühlings 2011. Millionen von Menschen gingen für ‚Brot, Freiheit und Würde‘ auf die Straße, darunter zahllose Frauen aller Altersgruppen. Hoffnungen auf demokratischere und sozial gerechtere Verhältnisse, auch auf einen ‚Frühling für Frauenrechte‘, blühten auf (Kreile 2014: 21ff.).

Tatsächlich nahmen die dramatischen Umbrüche in der Region einen anderen Verlauf, als zahlreiche Menschen es sich erhofft hatten. Heute befindet sich das regionale Staatensystem weithin im Zerfall. Die politischen Verhältnisse etwa in Ägypten sind au-

toritärer und repressiver denn je; Syrien ist durch einen international und transnational befeuerten, albraumhaften Bürgerkrieg in weiten Teilen zerstört, der gesellschaftliche Zusammenhalt zerrissen. Im Irak besteht die Gefahr einer Fragmentierung fort. Diverse dschihadistische Gruppierungen machten sich die multiple Krise und die ordnungspolitische Erosion der Staaten zunutze und breiteten sich transnational aus. Sie versuchen, die patriarchale Geschlechterordnung zu radikalieren und als wichtiges Symbol ihrer Kontrolle drakonisch und gewaltsam durchzusetzen. Ethnische und religiös-konfessionelle ‚Minderheiten‘ werden in Verteilungskonflikten marginalisiert oder sind von Vernichtung bedroht.

Wo der Staat keine Sicherheit mehr gewährleisten kann und ‚staatsfreie Räume‘ entstanden sind, suchen die Menschen nach alternativen Formen der Absicherung und orientieren sich an altbekannten substaatlichen Ordnungsmustern wie Clans, Stämmen, ethnischen und konfessionellen Gemeinschaften. Dabei scheinen sich die umkämpften Staaten der Region weithin in diese kleineren „Gemeinschaften von Konfessionen, religiösen Zugehörigkeiten, tribalen Gruppen und Ethnizitäten aufzulösen“ (Ehteshami/Rasheed/Beaujouan 2018: o. S.). Rivalisierende Regionalmächte instrumentalisieren und manipulieren die lokalen Fragmentierungsdynamiken und tragen zu ihrer Verfestigung bei (Mabon 2020: 237).

Die identitätspolitisch re-aktivierten Solidargemeinschaften werden nicht selten zur Bastion in Verteilungskonflikten um knappe Ressourcen, die oftmals gewaltsam ausgetragen werden. Demmelhuber, Paul und Reinkowski zufolge schreitet die Krisenentwicklung und Fragmentierung des regionalen Staatensystems fort:

„In den vorangegangenen Jahrzehnten mühsam konstruierte nationale Identitäten brechen auf und werden durch ethnisch-konfessionelle Loyalitätskategorien kompensiert. [...] Anstatt dass Konturen eines neuen ‚regionalen‘ Gesellschaftsvertrags sichtbar würden, nehmen sowohl die gewaltsamen Konflikte innerhalb der Gesellschaften der MENA-Region als auch die Spannungen zwischen den verschiedenen Staaten zu.“ (Demmelhuber/Paul/Reinkowski 2017: 7)

Auch anti-staatliche transnationale Kräfte wie etwa der IS oder andere dschihadistische Gruppierungen nutzen das politische Vakuum, das die geschwächten Staaten hinterlassen haben, und stellen fortdauernd eine Bedrohung dar (vgl. ICG 2019).

Staatszerfall, Identitätspolitik und Gewalt berühren die Geschlechterordnung, die Lebenswirklichkeit und die Handlungsspielräume von Frauen in spezifischer Weise, wie im Folgenden am Beispiel des Irak konkretisiert wird. Moghadam konstatiert allgemein:

„Konflikt und Krieg fügen Frauen und Männern Schaden zu, Jungen und Alten, aber für Frauen gibt es besondere Risiken und Konsequenzen wie etwa sexualisierte Gewalt oder die Verstärkung der traditionellen Kontrolle über weibliche Mobilität und Autonomie. [...] In Zeiten des Konflikts [...] sind Frauen gefangen zwischen schwachen Staaten, Besatzungsmächten, bewaffneten Oppositionsbewegungen und patriarchalen Geschlechterarrangements.“ (Moghadam 2011: 82, 85)

Die „Herrschaft des Gewehrs“ (Barakat 2005: 579) befördert auch innergesellschaftlich ein „Gefüge raubtierhafter Sozialbeziehungen“ (Kaldor 2000: 174), in dem Zivilist*innen und Schwächere, nicht zuletzt auch Frauen, besonders schutzlos sind, wie etwa die leidvollen Erfahrungen von unzähligen intern vertriebenen Frauen und Mädchen im Irak deutlich machen (Al-Ali 2019: 154f.).

3 Geschlechterordnung im Irak „zwischen Nation-Building und Fragmentierung“⁶

Im Folgenden möchte ich die wechselvolle Ausgestaltung der Geschlechterpolitik im modernen Irak im Rahmen unterschiedlicher Herrschaftsstrategien näher beleuchten und der Frage nachgehen, weshalb sich die jahrzehntelang relativ günstige gesellschaftliche und rechtliche Stellung der irakischen Frauen seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts derart dramatisch verschlechtert hat.

Strukturell bestimmend hierfür sind vorrangig die Schwächung und schließlich die Zerstörung funktionsfähiger staatlicher Strukturen infolge von Krise, Sanktionen und US-Intervention. In der Folge haben sich durch die von der Besatzungsmacht beförderte Identitätspolitik und Re-Kommunalisierung ethnisch und konfessionalistisch bestimmte politische Ordnungsmuster und eine Milizen-Kultur etabliert. Die flächendeckende Militarisierung geht einher mit einer Re-Maskulinisierung des öffentlichen Raums sowie einer Re-Strukturierung patriarchaler Verhältnisse. Dabei werden wichtige frauenrechtliche Errungenschaften aus der Zeit des Staatsaufbaus rückgängig gemacht, wie in historischer Perspektive deutlich wird.

3.1 Nation-Building, Geschlechterpolitik und Krisenentwicklung

In dem in der Folge des Ersten Weltkrieges von den europäischen Mächten künstlich geschaffenen Irak (Pawelka 1993: 33, 35) standen große Teile der Bevölkerung dem neuen Staat zunächst fremd gegenüber. Die Menschen identifizierten sich weithin mit ihren unmittelbaren sozialen Einheiten wie den verschiedenen familiären, tribalen, ethnischen und religiösen Gemeinschaften bzw. dem Dorf, der Stadt oder dem Viertel (Sluglett/Farouk-Sluglett 1991: 259). Gleichwohl entfaltete sich insbesondere seit den 1920er-Jahren eine moderne gebildete Mittelschicht (Zubaida 2005: 9); Parteien und auch Frauenvereinigungen wurden aktiv (Ismael/Ismael 2000: 188f.).

Im Zuge einer „Revolution von oben“ unter General Qassem (1958–1963) (Pawelka 1993: 83f.) wurde mit Unterstützung der kommunistischen Frauenliga (Kamp 2005: 297) ein einheitliches, teilweise säkularisiertes Personenstandsrecht durchgesetzt (Zubaida 2005: 11). Die irakischen Frauen erhielten weitreichende Rechte; so wurde bspw. die Polygamie eingeschränkt, den Frauen die Möglichkeit zur Scheidung gegeben und gleiches Erbrecht festgelegt (Ali 2018: 62f.). Besonders bedeutsam war die Abschaffung des traditionellen Stammesrechts, das es erlaubte, eine Frau zu töten, „um Schande zu tilgen“ (Ismael/Ismael 2000: 193). Damit sollte die Macht der tribalen und religiösen Autoritäten geschwächt werden. 1959 erhielt eine Irakerin, Naziha al-Dulaymi, eine Gynäkologin und prominente Kommunistin, als erste Frau in der arabischen Welt ein Ministeramt (vgl. Ali 2017).

Mit ihrer Machtübernahme 1968 leitete die Baath-Partei, die eine von der Sowjetunion inspirierte Modernisierungsideologie vertrat, eine Strategie des Nation-Building in die Wege, in der den Frauen eine Schlüsselrolle in entwicklungs- und machtpolitischer Hinsicht zugedacht war. Frauen erhielten weitreichende Bildungs- und Beschäf-

6 Ali (2018)

tigungsmöglichkeiten und profitierten von umfangreichen Sozialprogrammen. Am Arbeitsplatz wurden sie rechtlich gleichgestellt.

Machtpolitisch ging es dem zentralisierenden Staat darum, die Befugnisse der Oberhäupter von Familie, Clan und Stamm weiter einzuschränken und die Frauen unmittelbar staatlicher Autorität zu unterstellen. So wurde bspw. im Familienrecht die richterliche Gewalt über die des männlichen Vormundes gesetzt (Kamp 2005: 299).⁷ An die Stelle partikularistischer Loyalitäten sollte eine absolute Loyalität der Individuen gegenüber Staat und Partei treten (Joseph 1991: 178ff.). Die neuen Handlungsspielräume, die sich für Frauen eröffneten, mussten allerdings mit Unterwerfung unter den autokratischen „Neo-Patriarchen“ (Kreile 2007: 227) bezahlt werden.

Als Antwort auf eine sich vertiefende Krisenentwicklung leitete das Baath-Regime seit Mitte der 1980er-Jahre eine Politik der Re-Traditionalisierung⁸ und genderpolitischen Re-Orientierung ein. Unter den Bedingungen von Krieg (Iran-Irak 1980–1988; Kuwait-Invasion und Golfkrieg 1991) und UN-Sanktionen sollte die Massenbasis des Regimes verbreitert und der Machterhalt gesichert werden. Um die Unterstützung konservativer tribaler und religiöser Kräfte zu gewinnen, wurden frauenrechtliche Fortschritte rückgängig gemacht. So wurde traditionelles Stammesrecht wieder eingeführt und per staatlichem Gesetz Männern die Freiheit zugestanden, weibliche Familienangehörige wegen angeblicher „Verletzung der Ehre“, sprich unerlaubter sexueller Beziehungen, zu töten. Während des Krieges gegen den Iran änderte sich der Geschlechterdiskurs des Regimes: Militarisierte Männlichkeit wurde glorifiziert und Frauen wurden zunehmend mittels Doppelstrategie unter Druck gesetzt, viele Kinder zu bekommen. Verhütung und Abtreibung wurden für illegal erklärt, gleichzeitig gab es kostenlose Babynahrung (Al-Ali 2018: 158). In der Phase der UN-Sanktionen (seit 1991) kam es zu einer weiteren Verschiebung der staatlichen Geschlechterpolitik. Der Staat sah sich gezwungen, wohlfahrtsstaatliche Leistungen wie etwa kostenlose Kinderbetreuung zu streichen. Zudem beförderte die dramatische Arbeitslosigkeit konservative Rollenkonzepte wie die Forderung, dass die Frauen zu Hause bleiben sollten (Al-Ali 2018: 158).

Eine ‚Glaubenskampagne‘, die eine klare Abkehr vom Säkularismus früherer Jahre bedeutete, trug ebenfalls dazu bei, konservative islamistische Kräfte und Diskurse von oben zu stärken und entsprechende Verhaltensnormen zu verbreiten, so etwa die Verschleierung der Frauen und die Geschlechtertrennung an den Grundschulen (ICG 2003: 4f.). Gleichzeitig kam es zu einer verstärkten religiösen Orientierung von unten, die durch die dramatische Verschlechterung der Lebensbedingungen im Zuge der UN-Sanktionen befördert wurde. Die verarmten und verzweifelten Massen der Bevölkerung suchten zunehmend Halt in den religiös-konfessionellen Gemeinschaften. Über die desolate soziale Situation am Vorabend des Sturzes des Baath-Regimes bemerkt Jabar:

„Die Armen überfluten die Moscheen, wo sie sich Brot [...] und Erlösung erhoffen. [...] Das zivile, säkulare Geflecht der irakischen Gesellschaft hingegen scheint zerrissen oder bis zur Unkenntlichkeit deformiert.“ (Jabar 2003: 188)

7 Eine vollständige Säkularisierung des Personenstandsrechts blieb allerdings aus, vermutlich um die konservativen religiösen Kräfte nicht zu sehr zu brüskieren (vgl. Joseph 1991: 184).

8 Damit ist nicht einfach die Wiederherstellung der Tradition gemeint, sondern der Rückgriff und die Bezugnahme auf tatsächliche oder erfundene traditionelle Codes, Symbole oder Strukturen, um „moderne“ politische Interessen durchzusetzen (Roy 1994: 274).

Die humanitäre Krise, die durch die UN-Sanktionen in den 1990er-Jahren hervorgerufen wurde, stärkte insgesamt den Einfluss konservativer gesellschaftlicher und religiöser Kräfte, die rigide patriarchale Geschlechterkonzepte propagierten.

3.2 Identitätspolitische Fragmentierung und Re-Traditionalisierung der Geschlechterordnung im ‚neuen Irak‘

Nachdem die US-geführte Intervention 2003 die Strukturen des irakischen Staates zerstört hatte, schuf und beförderte die Besatzungsmacht strukturelle politische und soziale Bedingungen, die die Situation eines großen Teils der irakischen Frauen wie der Bevölkerung insgesamt dramatisch verschlechterten und weiter zur Erosion frauenrechtlicher Errungenschaften beitrugen (Al-Ali/Pratt 2006: 19ff.; Dodge et al. 2018: 18ff.).

Die US-amerikanische Zivilverwaltung ging zügig daran, ein neues politisches System auf identitätspolitischer Grundlage zu schaffen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Irak wurden konfessionelle und ethnische Zugehörigkeiten zum organisierenden Prinzip im formellen politischen Prozess gemacht (ICG 2006: 10). Mandate und Ämter in Ministerien, Institutionen und auch im Sicherheitsapparat werden seitdem nach einem kommunalistischen Quotensystem verteilt (Ali 2018: 131f.). Die International Crisis Group warnte bereits 2003 davor, dass diese Entscheidung ethnische und religiös-konfessionelle Konflikte verschärfen würde, da die Menschen sich nun zunehmend entlang dieser Spaltungslinien organisieren würden (ICG 2006: 10, Anm. 66).

Tatsächlich setzte die Politik der Besatzungsmacht eine ethno-konfessionalistische Fragmentierung des Landes und mörderische Gewaltzyklen in Gang, die das Alltagsleben der irakischen Bevölkerung fortdauernd formen und beeinträchtigen (Ali 2018: 127). Die meisten Frauen, die Zahra Ali bei ihrer Feldforschung in Bagdad interviewte, hatten durch die jahrelangen Gewaltexzesse und alltäglichen Bombenanschläge einen nahestehenden Menschen, sei es Bruder, Ehemann, Nachbar, Schwester oder Cousine, verloren (Ali 2018: 137). Viele der im ‚neuen Irak‘ nach konfessioneller Zugehörigkeit segregierten Stadtviertel, aber auch öffentliche Einrichtungen wie Universitäten wurden fortdauernd von einer Vielzahl von Milizen und bewaffneten Gruppen kontrolliert, die mit den konservativen islamistischen Parteien an der Macht, sowohl schiitischen als auch sunnitischen, verbunden sind. Als augenfälliges Symbol ihrer Hegemonie über ein bestimmtes Territorium versuchten diese ‚Herren des Gewehrs‘, die Kleidung von Frauen zu kontrollieren und restriktive konservative Geschlechternormen im öffentlichen Raum durchzusetzen (Ali 2018: 139). Zahra Ali zufolge wurde es seit 2003 „völlig normal“, dass Frauen einschlägig überprüft wurden, etwa an den zahllosen Checkpoints in der Stadt (Ali 2018: 163). Plakate und Poster wie etwa an der Bagdad-Universität mahnten „weibliche Sittsamkeit“ an und propagierten ‚korrekte‘ Kleidung. Auch männliches ‚Fehlverhalten‘, etwa vermeintlich unangemessene Kleidung und Frisur, wurden angeprangert (Ali 2018: 156f.). Die allgegenwärtige Gewalt, die Checkpoints, die Betonmauern, die die Viertel trennten, die rivalisierenden Milizen auf den Straßen – all das führte zu einem Klima extremer Anspannung. Wiederholt wurde dieses Gefühl in Interviews mit den Worten zum Ausdruck gebracht: „Früher hatten wir einen Saddam, heute haben wir einen Saddam an jeder Straßenecke“ (Ali 2018: 139). Seit Ende des Jahres 2018 ließ die Regierung eine Vielzahl von Checkpoints und Betonmauern in Bagdad

abbauen. Dies mag einen vorsichtigen Übergang zu einer Phase abnehmender Gewalt und zunehmender Normalisierung des Alltagslebens widerspiegeln (Al-Monitor 2019).

3.3 Personenstandsrecht als Kampfplatz divergierender geschlechterpolitischer Regelungen und politischer Ordnungsvorstellungen

Strukturell gefestigt wurde der geschlechterpolitische Rückwärtsgang im „Neuen Irak“ (Al-Ali 2019: 149) durch immer wieder neu aufgelegte Gesetzesinitiativen diverser schiitischer Parteien zur Re-Traditionalisierung und Konfessionalisierung des Familienrechts. An die Stelle des relativ frauenfreundlichen Personenstandsrechts von 1959, das auf einer relativ liberalen Lesart des islamischen Rechts basiert, konfessionsübergreifend gilt und staatlich gesetztes Recht ist (Al-Ali 2019: 152), sollen Regelungen treten, wonach die jeweiligen konfessionellen und ethnischen Gemeinschaften familienrechtliche Angelegenheiten eigenständig gemäß ihrer jeweiligen religiös-konfessionellen Rechtsschule regeln können. Damit würden zentrale Personenstandsrechte der Frauen dem schiitischen und sunnitischen religiösen Establishment überantwortet und die frauenrechtlichen Errungenschaften der Vergangenheit für zahlreiche Frauen bedeutungslos gemacht (Kreile 2007: 236f.). Interkonfessionelle Eheschließungen, die zumindest in den modernen Mittelschichten an der Tagesordnung waren, würden weiter erschwert; sie kommen bereits heute nur noch selten vor (ICG 2006: 6). Im November 2017 gelang es einer Allianz von Frauen innerhalb und außerhalb des Parlaments, eine Gesetzesinitiative von verschiedenen schiitischen Parteien zu blockieren, die die Stellung von Frauen etwa bei Scheidung, beim Sorgerecht und im Erbrecht verschlechtert, die Polygamie erleichtert und die Möglichkeit eröffnet hätte, Mädchen ab neun Jahren zu verheiraten (HRW 2017). Für den frauenrechtlichen Rückwärtsgang machen sich durchaus auch Frauen stark, wie folgendes Beispiel aus dem irakischen Parlament zeigt. Dort forderte eine sunnitische Abgeordnete der ‚Nationalen Koalition‘, Jamila Al-Obaidi, die Polygamie durch die Aufhebung gesetzlicher Restriktionen und einschlägige finanzielle Anreize für Männer zu fördern. Damit gedachte sie, die große Anzahl von Witwen, geschiedenen und alleinstehenden Frauen als Folge von Krieg und Konflikt zu unterstützen. In einer Pressekonferenz ermutigte sie die Frauen, der „Kultur der Monogamie“ eine Absage zu erteilen. Viele sunnitische und schiitische Abgeordnete zeigten sich empört, aber es gab durchaus auch Beifallsbekundungen (Al-Ali 2019: 145).

In den polarisierten Auseinandersetzungen um das Personenstandsrecht, in denen die ideologischen Trennlinien quer zu den Geschlechts- und Konfessionszugehörigkeiten verlaufen, wird einmal mehr deutlich, wie eng die Geschlechterpolitik mit grundlegenden Fragen der politischen Ordnung verwoben ist.

Vermittelt über das Personenstandsrecht wird heute symbolisch ein Kampf zwischen divergierenden politischen Vorstellungen über die gesellschaftliche Ordnung des Irak ausgetragen, die mit Islam und Gender verflochten sind (Ali 2018: 237f.). Al-Zubaidi schreibt:

„Hintergrund dieser Auseinandersetzungen ist die grundsätzliche Frage, wie der neue irakische Staat in Zukunft seine Bürger definieren wird: Werden sie vor Staat und Gesetz in erster Linie individuel-

le Staatsbürger sein, oder vor allem Angehörige religiöser Gemeinschaften und tribaler Verbände?“ (Al-Zubaidi 2009: 2)

Bemerkenswerterweise favorisieren auch viele schiitische Frauenaktivistinnen ein nach Konfessionen getrenntes Personenstandsrecht. Sie berufen sich dabei auf die Freiheit, nach ihrem eigenen religiös-konfessionellen Recht regiert zu werden, unabhängig von „sunnitischen und säkularen Autoritäten“ (Ali 2018: 235). Andere Frauen wie etwa die Menschenrechtsaktivistin Hanaa Edwar sehen in den vorgeschlagenen Änderungen des Personenstandsrechts den „Versuch, Konfessionalismus zu etablieren und die Prinzipien von Staatsbürgerschaft und nationaler Identität des Irak zu unterminieren“ (HRW 2017: o. S.).

4 Fazit und Perspektiven

Wie Rosemary Sayigh zu Recht betont, ist die besondere Loyalität der Menschen im Vorderen Orient gegenüber den verwandtschaftlichen, tribalen, religiösen und konfessionellen Gemeinschaften nicht einfach eine kulturelle Besonderheit, sondern fungiert als sehr alte adaptive Antwort auf existenzielle Unsicherheiten. Der Schutz der Gruppe kann für das Überleben unter einem repressiven und wohlfahrtspolitisch abwesenden Staat genauso wichtig sein wie unter Bedingungen des Staatszerfalls (King-Irani 2004: 329). Die ‚dunkle Seite‘ der re-aktivierten Gemeinschaften tritt insbesondere dann zutage, wenn die jeweiligen Zugehörigkeiten in Verteilungskämpfen identitätspolitisch instrumentalisiert werden. Die Loyalitätsbeziehungen zu den Gemeinschaften mögen sich dann nicht nur als Ergebnis von sozialer Desintegration und Staatszerfall erweisen, sondern auch als deren Motor (von Trotha 2005: 33).

Existenzkrise, Erosion und Zerstörung des irakischen Staates im Zuge von Krieg, Repression, Sanktionen und Invasion machen die skizzierte Dynamik augenfällig deutlich. Zum einen wurden die Solidareinheiten wie Familie, Clan, Stamm und religiös-konfessionelle Gemeinschaft weithin zur praktischen Überlebensressource. Angesichts des alltäglichen Alptriums von sozialer Desintegration und Gewalt zogen sich die Menschen immer mehr in den Schutz der segmentären Konstellationen zurück. Gleichzeitig wurden die partikularen Solidareinheiten jedoch durch politische „entrepreneurs“ (Mabon 2020: 216) instrumentalisiert und zu Ausgangspunkten und Machtpolen in einem vielschichtigen, immer wieder gewaltförmig ausgetragenen Ringen um die neue Staatsmacht und die einzelnen staatlichen Institutionen, die zur Basis konkurrierender politisch-religiöser Klientelstrukturen wurden (Herring/Rangwala 2006: 48ff.). Die internen Machtauseinandersetzungen sind dabei eng und fortdauernd mit regionalen und internationalen politischen Kräften, Strukturen und Dynamiken verwoben (Mabon 2020: 214f.).

Der politische Aufstieg konservativer gesellschaftlicher und religiöser Kräfte und Parteien im Zuge der Besatzungspolitik normalisierte rigide konservative patriarchale Rollenkonzepte. Die Militarisierung des öffentlichen Raums schuf neue Mechanismen sozialer Kontrolle, durch die insbesondere auch das Verhalten der Geschlechter ‚moralisch‘ reglementiert wurde. Die Radikalisierung und Re-Stabilisierung patriarchaler Verhältnisse ist mit der identitätspolitischen Dynamik eng verbunden, wie die fortdauernden Auseinandersetzungen um das Familienrecht zeigen. Ein konfessionell gebundenes Familienrecht, wie es von den konservativen islamistisch-schiitischen Par-

teien angestrebt wird, würde die segmentäre Spaltung der Gesellschaft weiter vertiefen. Der Zusammenhalt der konfessionellen Glaubensgemeinschaften nach innen würde gestärkt, deren Grenzen nach außen verfestigt.

Zwar ist die konfessionalistische Spaltung der irakischen Gesellschaft einerseits weit fortgeschritten. So ist es für große Teile der jungen Generation gleichsam normal, dass Freundschaften, Mobilität, Eheschließungen und Alltagsleben in den jeweiligen konfessionellen Zugehörigkeiten ihre Grenzen finden (ICG 2016: 10). Andererseits zeichnen sich in jüngster Zeit gegenläufige Tendenzen ab. In den seit 2015 anwachsenden Protestbewegungen fordern zahllose zivilgesellschaftliche Aktivistinnen und Aktivisten nicht nur funktionierende staatliche Basisdienstleistungen ein, sondern wenden sich auch gegen die Instrumentalisierung der Religion und das konfessionalistische politische System, das sie für die verbreitete Korruption und den Nepotismus der politischen Parteien verantwortlich machen. Zunehmend werden in den alltäglichen Kämpfen gegen die katastrophalen Lebensbedingungen die konfessionalistischen und tribalen Spaltungslinien transzendiert.

Während identitätspolitische Fixierungen zunehmend aufgebrochen werden, werden in der Protestbewegung soziale und kulturelle Spaltungslinien erkennbar, die ihre soziale Zusammensetzung widerspiegeln. Zum einen werden die Proteste von jungen gebildeten Angehörigen der modernen urbanen Mittelschicht getragen. Im Unterschied zu älteren Generationen sind sie mit der modernen globalen liberalen Kultur vertraut, versiert im Umgang mit den sozialen Medien und weltoffen eingestellt (Jabar 2018: 23). Sie ziehen, wie sich in den Protesten gezeigt hat, oftmals neue kulturelle und ästhetische Ausdruckformen den „prüden Zeremonien der herrschenden islamistischen Parteien“ (Jabar 2018: 18) vor. Junge Frauen und Männer aus diesem Segment der Protestbewegung favorisieren oftmals liberalere und egalitäre Geschlechternormen.

Die andere für die Stärke der Protestbewegung zentrale Strömung bilden die Hunderttausenden von Menschen aus den städtischen Armenvierteln, die weithin die Sadr-Bewegung unterstützen, oftmals ländliche Wurzeln haben und mehrheitlich sozio-kulturell konservativ eingestellt sind, auch im Hinblick auf Geschlechternormen. Mit Blick auf die Allianz und die Widersprüche zwischen den beiden einflussreichen Strömungen der Protestbewegung bemerkt Rubin: „The two together gave the protests staying power, and the collective protection of their numbers, but their cultural differences made them deeply wary of each other“ (Rubin 2019: 4).

Gleichsam strömungsübergreifend verknüpfen zahlreiche Frauenrechtsaktivistinnen, die an der Protestbewegung teilnehmen, die Forderung nach gleichen Rechten für Frauen mit Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit (Ali 2018: 189). Perspektivisch wird die Stärkung einer demokratischen, inklusiven Zivilgesellschaft im Irak wie anderswo in der Region nicht zuletzt davon abhängen, wie es gelingt, Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit massenwirksam zu verbinden.

Literaturverzeichnis

- Ahmed, Hassan Ali (2020). Iran struggles to regain control of post-Soleimani PMU. *Al-Monitor*, 23.02.2020. Zugriff am 06. Juli 2020 unter www.al-monitor.com/pulse/originals/2020/02/iraq-iran-soleimani-pmu.html.

- Ali, Zahra (2017). Iraqi feminists mobilise against sectarian laws. *opendemocracy*, 15.06.2017. Zugriff am 21. November 2018 unter www.opendemocracy.net/north-africa-west-asia/zahra-ali/iraqi-feminists-mobilise-against-sectarian-laws.
- Ali, Zahra (2018). *Women and Gender in Iraq. Between Nation-Building and Fragmentation*. Cambridge: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781108120517>
- Al-Ali, Nadjé (2018). Iraq. In Suad Joseph (Hrsg.), *Arab family studies* (S. 153–169). Syracuse, New York: Syracuse University Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctt1pk860c.16>
- Al-Ali, Nadjé (2019). Iraq: Gendering Violence, Sectarianism and Authoritarianism. In Deniz Kandiyoti, Nadjé Al-Ali & Kathryn Spellman Poots (Hrsg.), *Gender, Governance and Islam* (S. 145–164). Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Al-Ali, Nadjé & Pratt, Nicola (2006). Women in Iraq: Beyond the Rhetoric. *MERIP*, (239), 18–23. <https://doi.org/10.2307/25164724>
- Al-Monitor (2019). *Iraq lifts nearly 30 km of blast walls from Baghdad: official*. 19.06.2019. Zugriff am 01. September 2019 unter <https://www.al-monitor.com/pulse/afp/2019/06/iraq-security-conflict-city.html>.
- Al-Sistani, Al-Sayyid Ali Al-Husseini (o. J.). *The Official Website of the Office of His Eminence*. Zugriff am 01. Juli 2020 unter <https://www.sistani.org/english/book/46/2066/>.
- Al-Zubaidi, Laila (2009). *Der Streit um Frauenrechte und das Personenstandsrecht: Testfall für die Demokratie im Irak*. Beirut: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Barakat, Sultan (2005). Post-Saddam Iraq: deconstructing a regime, reconstructing a nation. *Third World Quarterly*, (4/5), 571–591. <https://doi.org/10.1080/01436590500127800>
- Barbarani, Sofia (2020). Hundreds of Iraqi women challenge al-Sadr's call for segregation. *Aljazeera*, 14.02.2020. Zugriff am 01. Juli 2020 unter <https://www.aljazeera.com/news/2020/02/hundreds-iraqi-women-challenge-al-sadr-call-segregation-200214085945369.html>.
- Beck, Martin & Richter, Thomas (2020). Fluctuating Regional (Dis-)Order in the Post-Arab Uprising Middle East. *Global Policy*, 11(1), 68–74. <https://doi.org/10.1111/1758-5899.12797>
- Demmellhuber, Thomas; Paul, Axel T. & Reinkowski, Maurus (2017). Vorbemerkung. In Thomas Demmellhuber, Axel T. Paul & Maurus Reinkowski (Hrsg.), *Arabellion. Vom Aufbruch zum Zerfall einer Region?* (Leviathan Sonderband 31, S. 7–9). Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845276038-6>
- Dodge, Toby; Kaya, Zeynep; Luchtenberg, Kyra N.; Mathieu-Comtois, Sarah; Saleh, Bahra; van den Toorn, Christine; Turpin-King, Andrea & Watkins, Jessica (2018). *Iraq synthesis paper: understanding the drivers of conflict in Iraq* (Middle East Centre paper series, LSE Middle East Centre). London. Zugriff am 02. Juli 2020 unter <http://eprints.lse.ac.uk/90514/>.
- Ehrhardt, Christoph (2018). Wahlsieger Sadr wirbt für breites Bündnis. *FAZ*, 16.05.2018. Zugriff am 01. Juli 2020 unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/parlamentswahlen-im-irak-wahlsieger-sadr-wirbt-fuer-breites-buendnis-15591384.html>.
- Ehteshami, Anoush; Rasheed, Amjed & Beaujouan, Juline (2018). The crisis of the state in the Arab region and the rise of the Islamic State. *opendemocracy*, 05.05.2018. Zugriff am 22. November 2018 unter <https://www.opendemocracy.net/north-africa-west-asia/anoush-ehetshami-amjed-rasheed-juline-beaujouan/crisis-of-state-in-arab-regio>.
- Elbaldawi, Lujain (2020). Iraqi protests blush pink as feminists flood streets. *Al-Monitor*, 14.02.2020. Zugriff am 01. Juli 2020 unter <https://www.al-monitor.com/pulse/originals/2020/02/iraq-protests-feminism-women.html>.

- Haddad, Fanar (2019). Hip hop, poetry and Shia iconography: How Tahrir Square gave birth to a new Iraq. *Middle East Eye (MEE)*, 09.12.2019. Zugriff am 01. Juli 2020 unter <https://www.middleeasteye.net/opinion/iraq-new-political-awareness-and-culture-have-been-formed>.
- Herring, Eric & Rangwala, Glen (2006). *Iraq in Fragments*. London: Cornell University Press.
- Human Rights Watch (HRW) (2017). *Iraq: Parliament Rejects Marriage for 8-Year-Old Girls. Amendments Would Have Instated Discriminatory Laws on Family Matters*. 17.12.2017. Zugriff am 21. November 2018 unter <https://www.hrw.org/news/2017/12/17/iraq-parliament-rejects-marriage-8-year-old-girls>.
- International Crisis Group (ICG) (2003). Iraq's Shiites Under Occupation. *Middle East Briefing*, (8), 09.09.2003, 1–23.
- International Crisis Group (ICG) (2006). The Next Iraqi War? Sectarianism and Civil Conflict. *Middle East Report*, (52), 27.02.2006, 1–38.
- International Crisis Group (ICG) (2016). Fight or Flight: The Desperate Plight of Iraq's "Generation 2000". *Middle East & North Africa Report*, (169), 08.08.2016, 1–31.
- International Crisis Group (ICG) (2019). Averting an ISIS Resurgence in Iraq and Syria. *Middle East Report*, (207), 11.10.2019, 1–32.
- Ismael, Jacqueline & Ismael, Shereen T. (2000). Gender and State in Iraq. In Suad Joseph (Hrsg.), *Gender and Citizenship in the Middle East* (S. 185–211). Syracuse, New York: Syracuse University Press.
- Jabar, Faleh A. (2003). Der Stamm im Staat. Zur Wiederbelebung der Stammeskultur im Irak. In Kai Hafez & Birgit Schäbler (Hrsg.), *Der Irak* (S. 187–207). Heidelberg: Palmyra.
- Jabar, Faleh A. (2018). *The Iraqi Protest Movement: From Identity Politics to Issue Politics*. (Middle East Centre Paper Series (25), LSE Middle East Centre). London. Zugriff am 06. Juli 2020 unter https://eprints.lse.ac.uk/88294/1/Faleh_Iraqi%20Protest%20Movement_Published_English.pdf.
- Joseph, Suad (1991). Elite Strategies for State-Building: Women, Family, Religion and State In Iraq and Lebanon. In Deniz Kandiyoti (Hrsg.), *Women, Islam, and the State* (S. 176–200). Basingstoke, London: Macmillan. https://doi.org/10.1007/978-1-349-21178-4_7
- Kaldor, Mary (2000). *Neue und alte Kriege*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Kamp, Martina (2005). Geschlecht, Kolonialismus und Nation. Patriarchale Nachkriegsordnung(en) im Irak. In Jennifer A. Davy, Karen Hagemann & Ute Kätzel (Hrsg.), *Frieden – Gewalt – Geschlecht* (S. 293–314). Essen: Klartext Verlag.
- Kandiyoti, Deniz (Hrsg.). (1991). *Women, Islam and the State*. Basingstoke, London: Macmillan. <https://doi.org/10.1007/978-1-349-21178-4>
- Kandiyoti, Deniz (1991a). Islam and Patriarchy. A Comparative Perspective. In Nikki R. Keddie & Beth Baron (Hrsg.), *Women in Middle Eastern History* (S. 23–42). New Haven, London: Yale University Press.
- Kandiyoti, Deniz; Al-Ali, Nadej & Spellman Poots, Kathryn (2019). Introduction – Beyond Women, Islam and the State: Situating the Politics of Gender in a New Century. In Deniz Kandiyoti, Nadej Al-Ali & Kathryn Spellman Poots (Hrsg.), *Gender, Governance and Islam* (S. 1–17). Edinburgh: Edinburgh University Press.
- King-Irani, Laurie (2004). Kinship, Class, and Ethnicity. In Deborah J. Gerner & Jillian Schwedler (Hrsg.), *Understanding the contemporary Middle East* (2. Aufl., S. 299–334). Boulder, London: Lynne Rienner Publishers.

- Kreile, Renate (2007). Staat, Identitätspolitik und Gender in Irak. In Holger Albrecht (Hrsg.), *Der Vordere Orient. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft* (S. 223–242). Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845204444-223>
- Kreile, Renate (2014). Ungleiche Schwestern – Frauen-Aktivismus und Frauenbewegungen im Post-Mubarak Ägypten. *Femina Politica*, (1), 21–37. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v23i1.16015>
- Mabon, Simon (2020). *Houses built on sand, Violence, sectarianism and revolution in the Middle East*. Manchester: Manchester University Press. <https://doi.org/10.7765/9781526126474.00014>
- Moghadam, Valentine M. (2003). *Modernizing Women. Gender and Social Change in the Middle East* (2. Aufl.). Boulder, London: Lynne Rienner Publishers.
- Moghadam, Valentine (2011). Afghanistan: Are Human Security and Gender Justice Possible? *Works and Days*, (57/58), 81–96
- Nabeel, Gilgamesh (2020). Iraq celebrates Valentine's Day with red balloons, slogans. *Al-Monitor*, 14.02.2020. Zugriff am 06. Juli 2020 unter <https://www.al-monitor.com/pulse/originals/2020/02/red-balloons-and-protests-in-iraqs-tahrir-square.html>.
- Pawelka, Peter (1993). *Der Vordere Orient und die Internationale Politik*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Pawelka, Peter (2012). Umbruch und Wandel in der arabischen Welt. In Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), *Der Bürger im Staat* (Heft 1/2, S. 4–15). Stuttgart.
- Robin-D'Cruz, Benedict & Mansour, Renard (2020). Making Sense of the Sadrists: Fragmentation and Unstable Politics. *Iraq in Transition: Competing Actors and Complicated Politics. Foreign Policy Research Institute*, (30), 1–35. Zugriff am 01. Juli 2020 unter <https://www.fpri.org/article/2020/03/making-sense-sadrists-fragmentation-unstable-politics/>.
- Roy, Olivier (1994). Patronage and Solidarity Groups: survival or reformation? In Ghassan Salamé (Hrsg.), *Democracy Without Democrats?* (S. 270–281). London, New York: I. B. Tauris.
- Rubin, Alissa (2019). 'Our Patience is Over': Why Iraqis are Protesting. *New York Times*, 21.11.2019, 4.
- Senghaas-Knobloch, Eva & Rumpf, Mechthild (1991). Soziale Identität, die Ordnung der Geschlechter und nationale Bewegung. Zur Diskussion über „Psychologische Gründe des Fundamentalismus“. *Feministische Studien*, (2), 123–134. <https://doi.org/10.1515/fs-1991-0212>
- Sluglett, Peter & Farouk-Sluglett, Marion (1991). *Der Irak seit 1958*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Trotha, Trutz von (2005). Der Aufstieg des Lokalen. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, (28/29), 32–38.
- Zubaida, Sami (2005). Communalism and Thwarted Aspirations of Iraqi Citizenship. *MERIP*, (237), 8–11. <https://doi.org/10.2307/30042469>

Zur Person

Renate Kreile, Dr., Professorin (i.R.) für Politikwissenschaft, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg. Arbeitsschwerpunkte: Transformationsprozesse im Vorderen Orient und in der Türkei, Geschlechterpolitik, politischer Islam, Minderheiten.
E-Mail: kreile@ph-ludwigsburg.de